

Die Enttäuschung

Internet und Demokratie in Südostasien

Das Internet symbolisiert wie kein anderes Medium Globalisierung; es ist die technische Voraussetzung für das, was auch als Kontraktion von Zeit und Raum analysiert wird. Anders als bei den wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung, deren negative Aspekte mittlerweile breit diskutiert werden, weckte das Netz auf anderen Gebieten eine Reihe von Erwartungen, die bis heute größtenteils positiv besetzt sind.

»Die technische Entwicklung macht es für Staaten immer schwieriger, die Informationen zu kontrollieren, die ihre Bevölkerung erhalten. ... Der Goliath des Totalitarismus wird zu Fall gebracht vom David des Mikrochip.«

Ronald Reagan, Rede in London Guildhall, 14. Juni 1989

»Im neuen Jahrhundert wird sich die Freiheit über das Handy und das Modem verbreiten. Wir wissen, wie sehr das Internet Amerika verändert hat, und wir sind bereits eine offene Gesellschaft. Stellen Sie sich nur vor, wie sehr das Internet dann erst China verändern könnte. Es ist keine Frage, dass China versucht, das Netz zu kontrollieren. Viel Glück! Das ist, als wolle man einen Pudding an die Wand nageln.«

Bill Clinton, 8. März 2000

Der Autor unterrichtet Politikwissenschaft an der Universität Hildesheim und forscht zu sozialen Bewegungen, Demokratisierung und Konstitutionalismus in Thailand und Burma/Myanmar. Er ist aktiv in der *Assoziation kritische Gesellschaftsforschung (AKG)*.

Wolfram Schaffar

In der politischen Sphäre wurde erwartet, dass mit der Ausbreitung des Netzes und dem Zugang zu erweiterten und verbilligten Kommunikationsmöglichkeiten eine weitreichende Demokratisierung einhergeht. Diese Erwartung war besonders für Südostasien brisant, da hier eine schnelle Ausbreitung des Netzes in einer Region zu beobachten war, die von autoritären Regimen verschiedener politischer Couleur geprägt war: China und Vietnam, bei denen die politische Macht von einer kommunistischen Partei monopolisiert wird, Singapur und Malaysia mit ihren autoritären entwicklungsstaatlichen Regimen, Burma/Myanmar mit seinem Militärregime.

Die Erwartung der Demokratisierung stützte sich auf Einschätzungen, die mit den technischen Eigenschaften des Internets zu tun hatten: Wegen seines dezentralen Aufbaus könnten die Datenströme im Internet nicht mehr zensiert werden. Eine Kontrolle des Medium sei nicht mehr möglich und autoritäre Regime, die sich bislang auf diese Kontrolle stützen konnten, würden unter dem Druck des freien Zugangs zu unzensierten Informationen zusammenbrechen. Diese Erwartung kann als eine Art informationelle Modernisierungstheorie charakterisiert werden: Die alternativlose wirtschaftliche Integration in die Weltmärkte, so die Grundidee, führe zur Verbreitung des Internets, damit zur Entstehung einer aufgeklärten Schicht (Mittelschicht im informationellen Sinne, nicht materiell definiert). Diese informationelle Mittelschicht fordert Freiheit und Mitbestimmung – angeregt von der frei verfügbaren und unzensierten Information aus aller Welt, die sie über das Netz empfängt.

Die Zitate von Reagan und Clinton zeigen die Kontinuität, mit der Staatsmänner verschiedener politischer Lager die Erwartung einer Demokratisierung der Welt durch die Ausbreitung des Internets beschworen haben. Auch wenn diese frühen Einlassungen heute recht pauschal klingen, scheinen die gleichen Gedanken bis heute reflexartig auf, wenn zum Beispiel in

Burma/Myanmar die Mönche protestieren und die Wirkung der Proteste sich durch die schnelle Verbreitung von Bildern und Filmen über das Netz (*YouTube*, Blogs etc.) entfaltet. Ebenso die Berichte zu Iran, bei denen oft die Rolle von sozialen Medien (social media, Web 2.0-basierte soziale Netzwerke) für die Organisation der Proteste und die Verbreitung der Nachrichten darüber herausgestellt wurde.

Empirische Studien zur Wirkung des Internets in autoritären Regimen kamen allerdings schon früh zu einem anderen Bild: Bereits 2003 zogen Kalathil und Boas in ihrer Studie *Open Networks, Closed Regimes* eine ernüchternde Bilanz des demokratisierenden Potenzials des Netzes und zeigten auf, dass die Erwartungen nicht nur nicht erfüllt wurden, sondern dass in manchen Ländern sogar autoritäre Regime das Netz zur Stützung ihrer Herrschaft einsetzen konnten.¹

Heute legt die in Südostasien beobachtbare Situation sogar eine noch pessimistischere Sicht nahe: Nicht nur sind trotz der über *YouTube* und Blogs massenweise verbreiteten Bilder der Proteste in Burma und Iran und trotz der jüngsten Scharmützel zwischen *Google* und China die dortigen autoritären Regime noch immer an der Macht. In Ländern wie Thailand und den Philippinen, die zeitweise als Musterländer der Demokratisierung gefeiert wurden, beobachten

bracht hat, sondern im Gegenteil, die Regierung offensiv die Verbreitung und die Nutzung des Netzes im Sinne einer ökonomischen Entwicklungsstrategie fördert. Da Singapur arm an natürlichen Ressourcen ist und im produzierenden Sektor der unmittelbaren



Konkurrenz der asiatischen Billiglohnländer wie zum Beispiel Indonesien ausgesetzt ist, umarmte die Regierung früh Konzepte wie Wissensgesell-

schaft/Wissensökonomie und förderte die hierfür nötige Vernetzung der Informationstechnologie. Gleichzeitig schaffte es die Regierung jedoch das autoritäre politische System zu konsolidieren. Die seit der Unabhängigkeit im Jahre 1962 regierende People's Action Party stellt unangefochten die Regierung. Eine Opposition existiert nicht, und öffentliche Demonstrationen gegen die Regierung wie in Myanmar/Burma, Iran oder China sind undenkbar.

Die Auseinandersetzung mit Ländern wie Singapur, aber auch Malaysia und China führte zu einer weitreichenden Revision der Einschätzungen im Zusammenhang mit dem Internet auf mehreren Ebenen.²

I: Technische Eigenschaften des Netzes

Zunächst scheint es so zu sein, dass schlicht die technischen Eigenschaften des Netzes falsch eingeschätzt wurden. Ein großer Teil der Demokratisierungserwartung stützte sich auf die Einschätzung, das Netz sei allein wegen seiner technischen Spezifikation nicht zensurierbar, weil in einer netzartig verknüpften Serverstruktur einzelne Blockaden sofort über alternative Wege umgangen werden könnten.

Offenbar kann man aber, wie das Beispiel der so genannten *big fire wall* Chinas, oder der jüngsten Politiken in Thailand zeigt, rein technisch mehr zensieren, als Internetbegeisterte früher für möglich hielten. Durch den Zugriff auf Server der im Land operierenden Internet Service Provider, Registrierbestimmungen für Nutzer, etc. wurde eine Identifizierbarkeit der IP-Adressen erreicht. Seit der Einführung weitreichender Zensurmaßnahmen in Thailand seit 2006 haben das viele Internetnutzer schmerzlich erfahren müssen, die glaubten unter Schutz eines Pseudonyms in Chatforen offen die Monarchie kritisieren zu können.

Neben dem staatlich organisierten / technischen Aufwand, mit dem China eine Kontrolle über den Zugriff auf lokale Internet Service Provider sichert, ist für das Gelingen der Zensur die Kollaboration von privaten Internetanbietern außerhalb des Landes entscheidend. In einem Land wie China verfügt die Regierung, die durch Lizenzen den Zugang zu einem riesigen Markt kontrolliert, über hinreichend große Verhandlungsmacht, um auch private Firmen mit Sitz in den USA zu zwingen, in Sachen Zensur mit den staatlichen Stellen zusammen zu arbeiten. Ebenso erwies

	Internetnutzer	Breitbandanschlüsse	Mobiltelefone
Welt	1,58 Mrd.	23,4%	6,08 %
Deutschland	62 Mio.	75,33%	27,47 %
Brunei	217.000	55,32%	3,56 %
Burma	108.900	0,22%	0,02 %
Indonesien	18 Mio.	7,92%	0,18 %
Kambodscha	74.000	0,51%	0,11 %
Laos	527.400	8,5%	0,1 %
Malaysia	15,07 Mio.	55,8%	4,93 %
Osttimor	1.800	0,16%	-
Philippinen	5,62 Mio.	6,22%	1,16 %
Singapur	3,37 Mio.	73,02%	21,74 %
Thailand	16,1 Mio.	23,89%	1,41 %
Vietnam	20,8 Mio.	23,92%	2,35 %

Quelle: International Telecommunication Union (ITU, Internationale Fernmeldeunion, Sonderorganisation der Vereinten Nationen), 2008

wir sogar eine Rückkehr des Autoritarismus. Das heißt sieben Jahre nach der viel zitierten Studie von Kalathil und Boas beobachten wir nicht nur eine Konsolidierung autoritärer Regime, sondern eine Ent-Demokratisierung parallel zur Ausbreitung des Internets.

Auf der Suche nach einer Erklärung, wie diese Befunde zu deuten sind, fällt das Interesse der Forscher immer wieder auf Singapur. Hier handelt es sich deshalb um einen interessanten Fall, weil die Regierung eben nicht durch eine einfache Unterbindung des Netzzugangs oder durch den Einsatz von Gewalt und offener Unterdrückung das Netz unter Kontrolle ge-

sich die vertikale Integration von Kommunikations- und Mediendiensten – das heißt die Entstehung großer Firmen, die sowohl Kommunikationsdienstleistungen als auch Inhalte wie Nachrichtendienste etc. anbieten – als Gefahr für die Informationsfreiheit. Weiterhin verfügen Unternehmensriesen wie *Google* mittlerweile wegen ihrer Monopolstellung über Möglichkeiten, Inhalte unsichtbar oder unauffindbar zu machen – und sind bereit, mit autoritären Regimen zusammen zu arbeiten:

Als im Jahr 2007 Schmähvideos gegen den König von Thailand auf *YouTube* verbreitet wurden, beugte sich *Google*, die Firma, zu der *YouTube* gehört, dem Druck der thailändischen Behörden und ließ die Seiten löschen – das heißt nicht nur in Thailand selbst waren die Seiten gesperrt, sondern weltweit nicht mehr erreichbar.

Diese Vorgänge verweisen auf eine Entwicklung, die mit Habermas' Konzept des Strukturwandels der Öffentlichkeit erfasst werden kann. Die öffentliche Meinung, die die Grundlage politischer Willensbildung darstellt, wird im Zuge der Verbreitung neuer Medien durch die Konzentration wirtschaftlicher Macht und die Verschränkung mit dem Staat strukturiert. Die Frage, wie sich angesichts des Schulterchlusses von autoritärer staatlicher Macht und Wirtschaftsmacht eine demokratische Kontrolle organisieren lässt, um einen deliberativen Diskurs zu ermöglichen, stellt sich dabei in Asien genauso wie im Westen.

II. Soziale Aneignung des Netzes

Ein zweiter Irrtum der frühen Internetbegeisterten im Zusammenhang mit den technischen Eigenschaften



des Netzes liegt auf einer anderen Ebene, nämlich in der Interpretation des Zusammenhangs zwischen technischen Eigenschaften des Internets und den

sozialen beziehungsweise politischen Folgen der Nutzung.

»In all probability, resistance to the Internet's political logic will be futile within a decade or two.«³

Die Rede von einer »politischen Logik« des Internet suggeriert, dass die technischen Eigenschaften des Netzes eine inhärente politische Wirkung haben. Das heißt es wird eine Kausalkette gedacht, von technischen Möglichkeiten zu sozialem Verhalten. Technik bedingt Verhalten, so die Annahme.

Vor dem Hintergrund der enttäuschten Demokratisierungserwartungen musste dieser Zusammenhang revidiert werden und Autoren erinnern sich der Vorhersagen, die im Zuge früherer technischer Revolutionen im Medienbereich gemacht wurden: In den 1950er Jahren wurden schon einmal utopische Erwartungen mit der Ausbreitung des Telefons verbun-

den. Man versprach sich durch die besseren Kommunikationsmöglichkeiten– zum Beispiel einer besseren und unmittelbaren Erreichbarkeit der Abgeordneten – eine Vertiefung der Demokratie, mehr Teilhabe an politischen Entscheidungen und vieles mehr. Im Zusammenhang mit dem Internet zeigt sich erneut, dass

Kommunikationsmedien selbst keine politische oder soziale Logik inne- wohnt, sondern dass die politische Wirkung des jeweiligen Mediums aus seiner sozialen Aneignung durch die

Nutzer folgt. Entscheidend sind nicht die technischen Möglichkeiten, sondern die Art, wie die Menschen sie sich zueigen machen.

Das belegt unter anderem die Studie von Gan, Gomez und Johannan aus dem Jahre 2004, die unter dem Titel *Asian Cyberactivism: Freedom of Expression and Media Censorship* den Umgang mit dem Internet in verschiedenen Ländern Südasiens untersucht haben.⁴ Das prägnante Ergebnis dieser vergleichenden Studie ist, dass die politische Kultur eines Landes die Wirkung bestimmt, die das Netz im jeweiligen Land entfaltet: In Ländern mit einer demokratischen politischen Kultur, so der Befund, fördert das Internet eine weitere demokratische Entwicklung: Diskussionsforen und Blogs entstehen, das Netz wird zur politischen Mobilisierung und Organisation genutzt. In Ländern ohne demokratische Traditionen ändert auch die Verbreitung des Netzes nichts an den autoritären Zuständen. So entsteht laut der Autoren eine Art *democratic divide* – das heißt Länder mit »Demokratievorsprung« können vom Netz profitieren, autoritäre Staaten fallen in ihrer politischen Entwicklung zurück. Mit der Diagnose eines *democratic divide* mussten die Autoren bereits die optimistische Erwartung einer Demokratisierung autoritärer Regime durch das Internet relativieren. Zum Zeitpunkt des Erscheinens konnten sie jedoch mindestens Thailand und die Philippinen als Beispiel für demokratisierte Länder heranziehen, in denen das Netz eine die Demokratie vertiefende Wirkung entfaltet. Nach dem Putsch in Thailand im September 2006 und der Einführung weitreichender Internetüberwachung durch die vom Militär gestützte Regierung seit 2007 scheint auch diese Tendenz nicht mehr zweifelsfrei belegbar zu sein.

Diese Entwicklung lenkt wiederum den Blick auf das Beispiel Singapurs, da hier seit langem beobachtet werden kann, wie in einem formal demokratischen Land die Regierung das Netz für die Konsolidierung der eigenen autoritären Herrschaft nutzt, ohne die Funktionsweise des Netzes so weit einzuschränken, dass der wirtschaftliche Nutzen aus der weltweiten Datenvernetzung gefährdet wäre. Wie funktioniert die staatliche Kontrolle in diesen Ländern? Cherian George spricht von »fein abgestimmtem«, »geeichtem« Zwang, mit dem die Regierung vorgeht.⁵ Ein Teil dieser Strategie ist es, die Rechtslage bewusst unklar zu halten und in Schauprozessen einzelne Internetnutzer zu ho-



hen Strafen zu verurteilen. So wurden zum Beispiel immer wieder einzelne Blogger auf der Grundlage ganz unterschiedlicher Gesetze mal wegen Beleidigung, mal wegen Volksverhetzung oder wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu hohen Geldsummen oder Haftstrafen verurteilt. Die unklare Rechtslage führt dazu, dass Internetnutzer ein diffuses Gefühl entwickeln, jede politische Äußerung könnte als illegal eingestuft werden, und dieses diffuse Gefühl führt dazu, politische Blogs zu meiden und sich im Internet überhaupt nicht mehr an Diskussionen zu beteiligen. Damit wird die in Singapur bereits von den Printmedien seit langem praktizierte Selbstzensur von jedem einzelnen Internetnutzer internalisiert. Der ökonomischer Einsatz von Sanktionsgewalt und die Stimulierung der Selbstregierung der Bürger – das was George als »geechten Zwang« umschreibt – ist ein Paradebeispiel dessen, was Foucault mit seinem Konzept der Gouvernementalität meint.

Eine zweite Strategie ist der strategische Einsatz von *e-governance*. Singapur richtete systematisch Kommunikationsschnittstellen auf verschiedenen Ebenen der staatlichen Verwaltung ein, über die die Bürger sich unbürokratisch und ganz direkt über Missstände beschweren können oder Anregungen für Verbesserungen eingeben können. Was zunächst wie ein Lehrbuchbeispiel für die Erreichung von *good governance* und *accountability* durch *e-governance* erscheint, entpuppt sich in der Analyse von George als weiterer Baustein der »geechten« Kontrolle der Internetnutzer. Zum einen sichert sich der Staat so die direkte Kon-

trolle über jede Form von Kritik und kann bei drohenden politischen Krisen schnell reagieren. Zum anderen wirkt der Einsatz dieser Kommunikationskanäle deorganisiert: Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich in vertikalen Kommunikationskanälen direkt an die Regierung wenden, organisieren sich nicht mehr horizontal zu Gewerkschaften, so die plakative Analyse von George.

III. Zusammenfassung: Internet und Demokratisierung

Zwei Jahrzehnte nach der Ausbreitung des Internets in Südostasien stellt sich die Frage, in wie weit das Netz einen politischen Wandel unterstützt und zu Demokratisierung beiträgt, als sehr komplex dar: Einerseits wird das Netz von sozialen Bewegungen als Kommunikationsmedium zum Austausch von Informationen, zur Diskussion politischer Ideen und zur politischen Organisation genutzt. Dass diese Nutzung politisch umkämpft ist, zeigt sich deutlich an den Auseinandersetzungen zwischen internetbasierten politischen Gruppen in Singapur, Thailand und Malaysia wie *Think Center*, *malaysiakini*, *prachatai* oder die *Midnight University* mit den Behörden. Andererseits haben die politischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte gezeigt, dass es keinen Automatismus gibt, über den sich die Ausbreitung des Netzes in eine Demokratisierung übersetzt. Vielmehr hat sich gezeigt, dass die Behörden in der Auseinandersetzung mit den politisch ambitionierten Internetnutzern sehr flexibel und zum Teil sehr erfolgreich Regierungstechniken entwickeln, die geeignet sind, die politische Arbeit mit dem neuen Medium zu kontrollieren und das Netz zum Instrument autoritärer Herrschaft zu machen. ●

Anmerkungen und Literatur

- 1) Kalathil, Shanthi and Taylor C. Boas, ed., 2003, *Open Networks. Closed Regimes: The Impact of the Internet on Authoritarian Rule. China, Cuba and the Counterrevolution*. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace.
- 2) Ho, K. C., Kluver, R., and Yang, K., eds., 2003, *Asia encounters the Internet*. London: RoutledgeCurzon.
- 3) Wright, Robert, 2000, »Gaining Freedom by Modem« *New York Times*, January, 28, 2000.
- 4) Gan, Steven, James Gomez, Uwe Johann, 2004, *Asian Cyberactivism: Freedom of Expression and Media Censorship*. Bangkok: Friedrich Naumann Foundation.
- 5) George, Cherian, 2007, »Consolidating Authoritarian Rule: Calibrated Coercion in Singapore«, *The Pacific Review*, 20.

Hoff, Jens, ed., 2006, *Internet, Governance and Democracy. Democratic Transitions from Asian and European Perspectives*. Kopenhagen: NIAS.

Indrajit Banerjee, ed., 2003, *Rhetoric and Reality. The Internet Challenge for Democracy in Asia*. Singapore: Eastern Unive. Press.

Indrajit Banerjee, 2007, ed., *The Internet and governance in Asia. A critical reader*. Singapore: Asian Media Information and Communication Centre.